



MULTIBRANCHEN-GEWERKSCHAFT IGBCE

Wir sind mehr als 570.000 Frauen und Männer in den deutschen Schlüsselindustrien. Wir arbeiten in der chemischen und der pharmazeutischen Industrie, der Kautschuk-, Papier- und Glasindustrie, der Energiewirtschaft, der Automobilzulieferindustrie und anderen wichtigen Branchen. | igbce.de

Seite **2** **EUROPAWAHL: GROSSER PARTEIENCHECK**

4 **TARIFRUNDE CHEMIE: UNSERE FORDERUNGEN**

4 **IGBCE-VIELFÄLTIGKEITSTOUR**

PRO EUROPA WÄHLEN AM 9.6.2024



Am 9. Juni finden die Wahlen zum Parlament der Europäischen Union statt. 350 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger sind aufgefordert, ihre Stimme abzugeben. Bei dieser Wahl geht es um viel.

In ganz Europa sind rechtspopulistische Parteien auf dem Vormarsch und versuchen, die Europäische Union zu zerstören. Ohne die EU wird uns die Bewältigung großer Herausforderungen wie die Bekämpfung des Klimawandels und die Schaffung einer gerechten Transformation nicht gelingen. Die EU kann man besser machen – keine Frage. Aber die Antwort der IGBCE auf die Krise des globalen Marktes mit seinen vielen Ungerechtigkeiten, auf eine USA im möglichen Kurswechsel sowie auf den russischen Angriffskrieg vor den Toren Europas kann nur ein starkes und geeintes Europa sein.

Arbeit, indem der Rahmen für Arbeit für alle EU-Staaten gleich ist. Europa ist gleichzeitig Schutz für unsere Industrien. Wir können gegen klimaschädliche Importe mehr unternehmen und uns besser davor schützen. Das geht am besten im Verbund mit unseren europäischen Partnern, um unsere Marktmacht zu nutzen.

Es gibt viel zu tun. Noch zu häufig dominieren nationalistische Interessen, die gute politische Initiativen wieder verwässern oder unnötig kompliziert und bürokratisch machen. Die Antwort darauf ist ein gestärktes EU-Parlament, das mit 751 Abgeordneten die Interessen der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union direkt vertritt. Es kann aber weder

den Haushalt der EU beschließen noch selbst gesetzgeberisch initiativ werden. Wir setzen uns dafür ein, das zu verändern.

Dafür muss es bei den kommenden Wahlen gelingen, nationalistische, rassistische und antisemitische Bestrebungen zu verhindern. Diese Kräfte wollen Abschottung statt einer gerechten Transformation und Modernisierung der Industriestandorte in einem globalen Weltmarkt. Sie wollen Nationalismus und das Recht des Stärkeren.

Europa ist mehr als nur eine Freihandelszone. Es bietet Schutz für Gute

SELFIE-AKTION: UNSERE WERTE – DEINE WERTE

MACH MIT!



Unter allen Teilnehmenden verlosen wir ein Apple iPad 10. unserewerte.igbce.de



Damit droht ein Zerfall der Europäischen Union mit fatalen Folgen für unsere Industrie Arbeitsplätze, für die Lebenshaltungskosten und für unsere Freiheiten. Freiheiten wie das grenzenlose und visafreie Reisen in Europa, an das wir uns längst gewöhnt haben und es für selbstver-

ständig halten. Freiheiten wie ein Auslandssemester im Studium oder im europäischen Ausland zur Arbeit zu gehen. Am 9. Juni steht eine Menge auf dem Spiel. Daher gilt: Projekt Zukunft geht nur mit Europa!

4 FRAGEN AN MICHAEL VASSILIADIS

Die IGBCE wirbt für Europawahlen am 9. Juni. Ist es Aufgabe einer Gewerkschaft, die man ja nicht wählen kann, für die Europawahl zu werben?

Die Demokratie geht uns alle an, nicht nur den Staat und die politischen Parteien. Gewerkschaften sind Teil der Zivilgesellschaft und wollen, dass demokratische Parteien gewählt werden. Das erreichen wir vor allem mit einer hohen Wahlbeteiligung. Wir sind zwar parteipolitisch neutral, aber nicht unpolitisch. Wir mischen uns in die Willensbildung ein. Und wer die Axt an Mitbestimmung, Demokratie und Rechtsstaat legt, muss mit unserem erbitterten Widerstand rechnen.

Warum ist die EU wichtig für die IGBCE?

Ein Austritt aus der EU würde viele gute Arbeitsplätze kosten und unseren Wohlstand nachhaltig gefährden. Der Brexit hat Großbritannien in eine tiefe Rezession gestürzt. Leere Supermarktregale, eine Verschlechterung der Gesundheitsversorgung und ein Anstieg der Lebenshaltungskosten sind die Folge. In Deutschland ist der Anteil der Industrie größer als im Vereinigten Königreich und wir sind auf Kund*innen im Ausland stark angewiesen. Der meiste Handel läuft über Europa. Unsere Lieferketten sind eng verzahnt. Ein Austritt Deutschlands aus der EU hätte fatale Folgen für unsere guten Industrie Arbeitsplätze.

Ist die EU aber nicht zu weit weg von den Problemen der Menschen vor Ort und sind viele europäische Regelungen nicht weltfremd und kompliziert?

Viele Regelungen der EU beruhen auf Kompromissen, die eben nicht durch das direkt gewählte EU-Parlament beschlossen werden, sondern auch



der Zustimmung der Mitgliedsstaaten und der Kommission bedürfen. Im Ergebnis werden noch zu oft viele unterschiedliche nationale Interessen berücksichtigt und das macht es häufig kompliziert. Was wir daher brauchen, ist weniger Nationalismus, weniger Einstimmigkeit und eine Stärkung des Europäischen Parlaments z. B. in der Haushaltspolitik. Europa ist ein Gewinn für die Bürgerinnen und Bürger. Heute können wir problemlos ins EU-Ausland ohne Grenzkontrollen und Visa reisen. Auszubildende und Studierende können einen Teil ihrer Ausbildung im europäischen Ausland absolvieren. Davon

profitieren wir alle. Und ja, Europa muss sich auch stärker um die großen Themen kümmern und nicht ins Klein-klein verfallen. Die Themen Klimaschutz, Transformation und Energiepreise kriegen wir nur gemeinsam europäisch gelöst. Um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, brauchen wir eine EU, die global Standards setzt. Wir brauchen eine EU, die eine nachhaltige Handelspolitik betreibt, deren Kern auf gegenseitiges Wachstum und Entwicklung ausgerichtet ist. Und wir brauchen Europa für Frieden und Sicherheit.

Etwa ein Drittel des EU-Etats wird für Subventionen der Landwirtschaft ausgegeben, dabei leben nur etwa fünf Prozent der EU-Bevölkerung direkt von der Landwirtschaft.

In den letzten Jahren ist der Anteil der Agrarsubventionen am Gesamthaushalt der Europäischen Union immer kleiner geworden. Für die Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa und die Schaffung gleicher Lebensbedingungen in Stadt und Land kann eine zielgerichtete Sub-

ventionierung der Landwirtschaft Sinn machen. Direktzahlungen, die sich ausschließlich am Umfang der zur Verfügung stehenden landwirtschaftlichen Fläche bemessen, gehören nicht dazu. In der Tat haben wir als IGBCE eine Reihe von Forderungen aufgestellt, wofür wir das Geld besser ausgeben können. Wir brauchen einen Booster für Transformation, da kann die EU noch eine Schippe drauflegen. Überlässt man das den Marktmechanismen, ändert sich erstmal nicht viel und am Ende wird der Nachholbedarf bei den Investitionen so groß, dass die Aufgabe von Teilen der Wertschöpfungsketten nötig wird oder ganze Standorte nicht mehr in der EU bleiben.



Michael Vassiliadis
Vorsitzender der IGBCE

DER GROSSE PARTEIENCHECK

Zum zehnten Mal wird im Juni das Europäische Parlament gewählt. Es geht um viel angesichts der multiplen Krisen in der Welt: Wie stellt sich die EU künftig auf in Fragen von Transformation, Mitbestimmung und Energie? Was haben die größten im EU-Parlament vertretenen Parteien rund um gute Industriearbeit zu bieten? Wir haben den Check gemacht.



CDU/CSU
WILL MEHR SICHERHEIT FÜR EUROPA

Constanze Clodius
Leiterin Vorstandsbüro Berlin

Tarifbindung will die Union erhöhen. Zustimmung! Aber Vorsicht an der Bahnsteigkante: Das Vergaberecht will sie deutlich vereinfachen. „Wie“ bleibt offen. Angaben zu möglichen Konditionierungen? Nicht mit der Union. Beim Thema „Bürokratieabbau“ wird es generell kritisch: Für die Union fällt darunter u. a. die Ablehnung des ursprünglich geplanten EU-Lieferkettengesetzes sowie die Abschaffung des Whistleblower-Schutzes und des Verbandsklagerechts. Abbau von Schutzrechten? Nicht mit uns! Um den Herausforderungen von Wirtschaft, Energie und Klima begegnen zu können, setzt die

„ Konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der Transformation unserer Branchen bleibt die Union jedoch schuldig.

Eine Politik, die „Wirtschaft, Energie, Klima und gesellschaftlichen Zusammenhalt zusammen denkt“ – so will die Union ihr Wahlprogramm verstanden wissen. Vorrangig definiert sie dann aber „Sicherheit“ militärisch: die EU als Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft nach außen und innen. Neben der Kriminalitätsbekämpfung versteht die Union darunter maßgeblich eine „durch Humanität und Ordnung begrenzte Migration“. Konkrete Ideen zur Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte? Fehlanzeige. Grundsätzlich will sie dem Fachkräftemangel europäisch begegnen – aber es bleibt bei altem Wein in alten Schläuchen: bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um besonders Frauen von Teilzeit in Vollzeit zu bewegen. Positiv: Anerkennungsverfahren/Transparenzinstrumente für berufliche Bildung sollen nach Willen der Union vereinfacht und so eine Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse in allen Bereichen sichergestellt werden. Aber: Vorschläge zu Weiterbildung und Qualifizierung fehlen.

Union auf Technologieoffenheit und versteht darunter auch „innovative Kerntechniken“ und die Spitzentechnologie des Verbrennermotors (Abschaffung des Verbrennerverbots inklusive). Erneuerbare Energien sollen gleichwertig gefördert und Energie- und Rohstoffsicherheit durch Handelsabkommen mit zuverlässigen Partnern gewährleistet werden. Alles schön und gut – konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der Transformation unserer Branchen bleibt die Union jedoch schuldig.



SPD
WILL NACHHALTIGE INDUSTRIE-POLITIK

Malte Lückert
Vorstandssekretär des Vorsitzenden

Partei zu einer starken Industrie in Deutschland und Europa. Planungs- und Genehmigungsprozesse sollen beschleunigt und unnötige Bürokratie abgebaut werden. Auch die teils aufwendige Prüfung von Beihilfeanträgen will die SPD zwar vereinfachen, zugleich aber eine konsequente Einhaltung von sozialen und ökologischen Kriterien sicherstellen.

Beim Thema Energie wird es weniger konkret. Hier soll eine Energieunion geschaffen werden, um Ausbauziele für die Erneuerbaren in ganz Europa zu erreichen und Strommarktpreise widerstandsfähiger gegen kurzfristige Schwankungen zu machen. Gefordert wird auch ein Rahmen für einen europäischen Brückenstrompreis, um wettbewerbsfähige Strompreise zu schaffen. Ein klares Nein kommt hingegen zur Atomkraft, dafür soll es keine öffentliche Förderung mehr geben. Um die Klimaziele zu erreichen, setzt man neben einem Transformationsfonds auf die Ausweitung des

Gemeinsam für ein starkes Europa: Mit diesem Slogan zieht die SPD in den Europawahlkampf. So bekennt sich die



DIE GRÜNEN:
FÜR KLIMASCHUTZ UND AKTIVE INDUSTRIEPOLITIK

Hannes Hauke Kühn
Internationaler Sekretär, Abt. Politik und Internationales

Die Grünen setzen auf Wohlstand durch Klimaneutralität, Gerechtigkeit, Lebensqualität und Vorsorge. Klimaschutz bleibt Kernziel – verbunden mit aktiver Wirtschafts- und Industriepolitik: Bürokratieabbau, Anreize privater Investitionen, Netzausbau, Förderung von Zukunftstechnologien – vor allem bei klimaneutraler Produktion. Als IGBCCE sagen wir: Das ist richtig und notwendig, um global mitzuspielen z. B. bei Wasserstoff, Batterien und Halbleitern. Positiv: Sie fordern die Verknüpfung mit Guter Arbeit bei Fördermitteln, im Vergabe- und auch Beihilferecht, um aktive Industriepolitik zu ermöglichen. Das ist kein Transformationsfonds nach IGBCCE-Vorbild, aber die Richtung stimmt. Für Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz von EU-Industrieproduktion stehen Forderungen nach günstigem Strom und breit aufgestellten Rohstoffquellen. Aber: Natürlich liegt der Fokus auf Kreislaufwirtschaft

CO₂-Emissionshandels auf die Sektoren Gebäude und Verkehr.

„ Planungs- und Genehmigungsprozesse sollen beschleunigt und unnötige Bürokratie abgebaut werden.

Auch die Bedingungen für die pharmazeutische Industrie sollen sich verbessern. Essenziell sei ein ausreichende Patentschutz. Darüber hinaus sollen Produktionsstätten in Europa zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit bezuschusst werden.

und Verringerung fossiler Rohstoffe. Ob das beim massiven Rohstoffeinsatz für die Transformation ganzer Branchen (z. B. Lithium, seltene Erden) realistisch ist? Aus IGBCCE-Sicht ambitioniert. War Klimaschutz 2019 Erfolgsfaktor für die Grünen, sind sie klimapolitisch mittlerweile fast Mainstream: Ja – zu Emissionshandel, Grenzausgleichsmechanismus für CO₂ (CBAM) und Speicherung und Nutzung von CO₂. Sie erkennen diese auch von der IGBCCE geforderten Mechanismen an – auch teilweise (CBAM) als Einnahmequelle, um den Klimasozialfonds noch einzuführen. Spannend bleiben und werden die Sichten auf PFAS (ersetzen, wo möglich) und ihr Verständnis nachhaltiger Chemikalien. Hier müssen die Grünen sich zur Rolle Umweltschutz vs. Transformation verhalten. Beim Schutz vor Dumping und Verlässlichkeit von Handelspolitik setzt die Friedenspartei EU-Stärke global: als Weg zur Umsetzung von Nachhaltig-

„ Die Grünen setzen auf Wohlstand durch Klimaneutralität, Gerechtigkeit, Lebensqualität und Vorsorge.

keit und Guter Arbeit. Ja, es hilft der Industrie, Abhängigkeiten zu reduzieren – und Handel auf Augenhöhe stehen Forderungen nach günstigem Strom und breit aufgestellten Rohstoffquellen. Aber: Natürlich liegt der Fokus auf Kreislaufwirtschaft

Für die Chemikalienpolitik der EU fordert die SPD eine schnelle Einschränkung und Verbote von potenziell schädlichen Stoffen. Ohne sie explizit zu nennen, sind damit offenbar per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) sowie Glyphosat gemeint.

Nach den Vorstellungen der SPD soll Europa sozialer werden. Dies will man erreichen, indem der soziale Dialog auf europäischer Ebene gestärkt wird und Verhandlungsergebnisse schneller in verbindliche Gesetzgebung umgesetzt werden. Auch die Mitbestimmung soll gestärkt werden. Neben mehr Rechten für die Europäischen Betriebsräte (EBR) geht es der SPD auch um das europäische Gesellschaftsrecht (SE), da dieses häufig zum Umgehen von Mitbestimmung genutzt wird. Insgesamt steckt für die Beschäftigten in den IGBCCE-Branchen einiges drin im SPD-Wahlprogramm.




AFD
WILL RAUS AUS EUROPA

Nils Hindersmann
Abteilungsleiter, Abt. Politik und Internationales

Gegründet als Partei, die den Euro zugunsten der D-Mark wieder abschaffen wollte, braucht man im Wahlprogramm der AfD nicht lange nach der entsprechenden Forderung zu suchen. Doch es geht der Partei um viel mehr: So wird gefordert, das EU-Parlament aufzulösen und die Integration Europas weitgehend zurückzudrehen. Aus der Staatengemeinschaft soll ein Bund europäischer Nationen werden. Auch soll es eine Volksabstimmung über Deutschlands Verbleib in der EU geben. Die AfD fordert zudem, eines der zentralen Elemente der EU einzuschränken: die Reisefreiheit. So sollen durch eine Reform des Schengen-Abkommens Grenzkontrollen an den innereuropäischen Grenzen wieder alltäglich und damit letztlich der europäischen Zusammenhalt zerstört werden. Das steht im völligen Gegensatz zu unseren IGBCCE-Werten.

Die AfD will außerdem durchsetzen, dass bei der Gewährung von Sozialleistungen zwischen Beschäftigten mit deutschem Pass und denen aus dem EU-Ausland unterschieden wird. Heißt: Wer als EU-Ausländer in einen weniger gut bezahlten Job in Altenpflege oder Gastronomie annimmt und davon das Existenzminimum nicht vollständig bestreiten kann, erhält keine Grundsicherungsleistungen mehr – ein No-Go für uns.

In der Energiepolitik lehnt die AfD eine Förderung der erneuerbaren Energien ab. Stattdessen sollen alle Energieträger inklusive Kohle und Atomkraft zu wettbewerbsgleichen Bedingungen hergestellt und angeboten werden. Eine Bepreisung von CO₂ lehnt die AfD ab. Beim Erdgas soll vor allem die Gewinnung von Schie-

„ Eine Bepreisung von CO₂ lehnt die AfD ab.

fergas (Fracking) die Versorgungslücke schließen. Der Umbau hin zu einer weitgehend klimaneutralen Produktionsweise wird abgelehnt. Eine Vollbremsung bei der Transformation und die Leugnung des Klimawandels sehen wir als Gefahr für Industrie und künftige Generationen.

In der Gesundheitspolitik wird ein europaweites Verbot von Corona-Impfungen gefordert. Außerdem will die AfD das Abtreibungsrecht europaweit einschränken, dass es faktisch abgeschafft wird. Alles in allem ein Programm, das sich mit den Werten und politischen Forderungen der IGBCCE nicht verträgt.

Die Grünen haben das Fachkräftepotenzial für die Transformation erkannt und fordern zurecht schnelleren Zugang Geflüchteter zum Arbeitsmarkt. Richtig sind auch die Forderungen zur Förderung von Frauen in Guter Arbeit bis zur konsequenten Umsetzung der Lohntransparenzrichtlinie. Zu begrüßen sind die Förderung von Aus- und Weiterbildung durch Umsetzung der EU-Jugendgarantie sowie die Verbesserung von Ausbildungs- und Qualifikationsangeboten. Bei Mitbestimmung und Tarifbindung sind die Grünen auf Linie mit der IGBCCE: Die Überarbeitung der EBR-Richtlinie, konsequente Umsetzung von Aktionsplänen zur Stärkung von Tarifbindung oder die Verknüpfung von Vergabepolitik mit Tarifbindung sind im Sinne Guter Arbeit in der Transformation positiv.

Fazit: Im Kern haben die Grünen erkannt, dass es Industrie und Gute Arbeit für Klimaneutralität braucht. Der Weg dahin ist weiterhin streitbar – vor allem für die energieintensiven Industrien – aber der Check bleibt im Wesentlichen positiv.

WUSSTEST DU SCHON?

Die IGBCCE unterhält drei Bildungszentren in Bad Mündel, Haltern und Kegel-Möllenhorst. Das Angebot reicht von Seminaren zum Arbeitsrecht bis zu Workshops zur Moderation oder Mobbing. Zusätzlich steht Mitgliedern ein umfassendes digitales Bildungsangebot zur Verfügung, neben aktuellen Webseminaren auch ein virtuelles Bildungszentrum mit vielen Selbstlernkursen.

Mehr unter: 
igbce.de

PROJEKT ZUKUNFT GEHT NUR MIT EUROPA

Für ein starkes, geeintes Europa!

Bei dieser Wahl geht es um viel. Wir haben die Wahl eine Zukunft zu wählen, die auf Zusammenarbeit, Innovation und Solidarität basiert. Oder zurückzufallen in Nationalismus, Abschottung und Ausgrenzung. Als IGBCCE ist für uns klar: Wir wollen eine Zukunft, in der die Industrie nicht nur überlebt, sondern aufblüht. Eine Zukunft, in der Arbeitnehmer*innenrechte geschützt sind und jede und jeder unabhängig von der Herkunft die Möglichkeit hat, einen Beitrag zu leisten. Wir wollen keine Rechtsextremist*innen im Parlament, sondern die Stärkung der pro-europäischen Kräfte. Nur wenn diese Wahl gut ausgeht, könnte dies der Beginn einer neuen Ära des Fortschritts und der Hoffnung für Europa und die Welt sein.

Europa bietet Schutz für Arbeit und die Industrie durch einheitliche Regeln, ohne Zölle und Schranken. Aber Europa hat auch große Herausforderungen vor sich. Im Klimaschutz wurde vieles erreicht, aber für die energieintensive Industrie sind weiterhin Konzepte notwendig. Wir fordern einen Booster für Industrie und Transformation und mehr Investitionen. Wir wollen, dass EU-Gelder zukünftig immer an Mitbestimmung und Tarifverträge gekoppelt sind.

Ein gerechter Deal für die Industrietransformation
Für eine gerechte Transformation sind Investitionen und weniger Bürokratie entscheidend, ohne den Abbau von Arbeitnehmer*innenrechten. Wir wollen eine aktive EU-Finanzpolitik mit einem Transformationsfonds und Zinsreduzierungen zur Ankurbelung unserer Wirtschaft. Wir wollen den Erhalt von Wertschöpfungsketten in Europa. So müssen zukünftig bei Auftragsvergaben bzw. Ausschreibungen europäische Anbieter und klimafreundliche Komponenten stärker berücksichtigt werden.



Die Linke
DIE LINKE STEHT ZUR EUROPÄISCHEN UNION

Andreas Bodemer
Leiter Europa-Büro Brüssel, Abt. Politik und Internationales

Es ist Zeit bei den Linken: „Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Haltung. Zeit für Frieden.“ so der Titel des Wahlprogramms. Als reines Feindbild sieht die Partei die EU nicht: „Trotz all ihrer Unzulänglichkeiten und Fehlkonstruktionen darf es kein Zurück hinter den politischen Erfolg der europäischen Integration, kein Zurück zum Nationalstaat geben“, heißt es im Programm. Demokratischer soll die EU zumindest werden, unter anderem durch die Stärkung des EU-Parlaments. Stattdessen nimmt die Linke Unternehmen und Reiche ins Visier. An ihrer Haltung Russland gegenüber lässt die Linke keine Zweifel: Der Angriffskrieg auf die Ukraine wird auch so benannt.

Unter der Überschrift „Umverteilen für soziale Gerechtigkeit“ widmet sich die Partei den Themen Mitbestimmung und Tarifbindung sowie der Bedeutung von Gewerkschaften und Guter Arbeit generell. Zwar geraten europäische und deutsche Regelungsebenen mitunter durcheinander, aber die Linke ist klar: Mitbestimmung und Demokratie im Betrieb und in der Wirtschaft sollen gestärkt werden. Heikel wird es bei

Für eine verlässliche und transparente Chemikalienpolitik
Wir wollen unabhängiger werden und brauchen eine bessere Rohstoffverfügbarkeit. Ziel müssen ein geschlossener CO₂-Kreislauf in der Produktion und die Förderung von Technologien wie chemisches und enzymatisches Recycling sein. Die industrielle Gesundheitswirtschaft muss gestärkt werden, um einen gerechten Zugang zu Arzneimitteln zu gewährleisten. Verbote dürfen nicht vorzeitig sein und müssen verantwortungsvoll gestaltet werden, um Arbeitsplätze zu sichern und zukunftsweisende Technologien zu fördern. Dies zeigt sich besonders im Umgang mit PFAS.

Für einen vernetzten Energiemarkt
Wir wollen bezahlbare Energie und eine grundlegende Neuordnung des Energiemarktes hin zu einer Energie-Union. Die Modernisierung der Energieinfrastruktur und der Ausbau von Interkonnektoren sind notwendig, um den Energieaustausch zwischen EU-Ländern zu verbessern und Preisschwankungen zu vermeiden. Wir wollen die Einführung eines europäischen Industriestrompreises, um die energieintensive Industrie zu entlasten. Wir wollen Energie-Solidarität in Europa, damit die EU-geförderte Energie dort erzeugt wird, wo sie reichlich vorhanden ist, und gleichzeitig Regionen unterstützt.

Für Solidarität statt Rechtsruck
Wir stellen uns klar gegen rechte, nationalistische, rassistische und antisemitische Tendenzen. Diese Leute wollen die Geschichte zurückdrehen. Das dürfen wir nicht zulassen! So wollen sie die Abschottung in alten nationalen Grenzen statt einer gerechten Transformation und Modernisierung der Industriestandorte. Das ist keine Option für exportstarke Branchen wie die Chemie. Wir wissen, was wir an Europa haben. Als Gewerkschaftler*innen setzen wir auf mehr Mitbestimmung, gute Jobs und Qualifizierung. Und wir haben noch viel vor, gemeinsam mit unseren Kolleg*innen in den vielen anderen Betrieben in ganz Europa.

Wir müssen Europa stärken – denn die Verantwortung, die Europa übernehmen kann und sollte, ist der beste Weg, um Transformation zu gestalten!

Also am 09.06.2024 pro-europäisch wählen, denn das Projekt Zukunft geht nur mit Europa!




Die FDP
DIE FDP WILL WENIGER BÜROKRATIE

Sophia Schönborn
Sekretärin mit politischen und wissenschaftlichen Stabsaufgaben, Abt. Politik und Internationales

Die FDP kommt gleich zur Sache: Sie will weniger Bürokratie. Das ist richtig: Wir brauchen einen Förder- und Gesetzesrahmen für unsere Industrie, der gut aufeinander abgestimmt ist und unnötige Berichtspflichten abbaut. Dennoch bleibt bei der FDP offen, ob es nicht dabei auch um den Abbau von Arbeits- oder Umweltstandards geht – ein No-Go für uns! Gut, dass sich die FDP gleich zu Beginn der Bildung widmet: Sie fordert Bildungsfinanzierung. Das ist schön für Student*innen, aber für die Ausbildung gibt es keine wirklichen Ideen, geschweige denn dafür, wie man die für unsere Kolleg*innen wichtige Qualifizierung voranbringen und ausbauen will.

Die FDP will in Europa den Fachkräftemangel konkret angehen und setzt dabei auf die schnellere Bearbeitung und Anerkennung von Berufsabschlüssen und eine „Blue Card“ auch für Nicht-Akademiker*innen – gut so. Bei der Forderung nach einer Flexibilisierung der Arbeitszeitrichtlinie wird's dann gefährlich, denn ein Rütteln an den europäischen Mindeststandards für Arbeit wird es mit uns nicht geben. Wirtschaftsposi-

tisch wenig überraschend bekennen die Liberalen sich zur sozialen Marktwirtschaft sowie der Technologieoffenheit und kritisieren zu Recht die Kleinteiligkeit des „Green Deals“. Ja, auch wir wollen bessere Bedingungen für Investitionen und Wettbewerb und weniger Bürokratie für die Transformation. Aber eine neue „Bürokratie-Reduktions-Richtlinie“ oder gar ein neuer „Mittelstandskommissar“ erzeugt letztlich wieder mehr Bürokratie. Auch darf im Zuge von Bürokratieabbau keinesfalls an Menschenrechten gespart werden: Leider bleibt die FDP bei ihrem Nein zum EU-Lieferkettengesetz. Für mehr Spielraum soll hingegen die Überarbeitung des Beihilferechts sorgen, als IGBCCE sehen wir so die Möglichkeit einer konkreten Unterstützung von Betrieben – fraglich, ob das die FDP allerdings damit bezweckt.

Gut für unsere exportorientierten Branchen: Die Liberalen setzen sich für mehr Freihandelsabkommen, Energie- und Rohstoffpartnerschaften ein. Ein großes Fragezeichen bleibt, wie sie unsere Branchen in der Transformation wirklich unterstützen wollen: Unserer Forderung nach einem Transformationsfonds erteilen die Liberalen eine Absage, indem sie sich klar gegen weitere „kreditfinanzierte Konjunkturprogramme“ oder die Beschaffung von eigenen EU-Einnahmen aussprechen. Stattdessen ziehen sie eine Bremse in voller Fahrt mit der Forderung einer „Regulierungspause beim Green Deal“ und wollen im Hochlauf der Erneuerbaren Energien, der richtig und wichtig ist, diesen die finanzielle Förderung entziehen.

Statt wie die Liberalen allein auf den Markt zu vertrauen, braucht es eine aktive Industriepolitik und mehr Mitbestimmung. Diese zentralen Themen sind mit der FDP nicht zu machen, daher bleibt der Check unterem Strich negativ.

MIT DEM FOODTRUCK DURCH DIE REPUBLIK



IGBCE-VIELFÄLTIGKEITSTOUR

Gute Industriepolitik muss aus Sicht der IGBCE europäisch gedacht werden. Die IGBCE setzt sich deswegen auch mit Aktionen aktiv für ein geeintes Europa ein und möchte im Vorfeld der Europawahl am 9. Juni mit Beschäftigten ihrer Branchen zum Thema Europa ins Gespräch zu kommen.

Am 6. Mai fiel der offizielle Startschuss für die IGBCE-Vielfältigkeitstour. Zum Auftakt machte der Foodtruck bei Continental in Hannover-Stöcken Station - noch bis zum 9. Juni 2024 rollt der Truck weiter durchs Land, um vor Betrieben aus unseren Branchen Station zu machen. Die Route führt von Niedersachsen weiter in den Nord-Osten, dann in den Süden nach Bayern und Baden-Württemberg und endet in Nordrhein-Westfalen.

„Unsere Bezirks-Teams vor Ort freuen sich auf vielfältige Gespräche mit dir.“

Unsere Bezirks-Teams vor Ort freuen sich auf vielfältige Gespräche mit dir. Komm vorbei!

Mehr Informationen: igbce.de



Ein Fokus ist dabei auch die klare Positionierung gegen Rechtspopulismus: Denn dessen Forderungen und Ansätze gefährden den Industriestandort Europa und gute Industriearbeitsplätze in unseren Bereichen.

Bei Currywurst und Pommes kannst du mit Kolleginnen und Kollegen aus deinem Bezirk ins Gespräch kommen, diskutieren und dich informieren, wieso es wichtig ist, sich an der EU-Wahl zu beteiligen. Und warum die IGBCE mit Rechtspopulismus nichts anfangen kann.



© IGBCE



STIMMT DIE KNETE, STIMMT DIE CHEMIE!

7% MEHR GELD!

#chemie24

In der Tarifrunde Chemie wird es konkret

UNSERE FORDERUNGEN IM DETAIL

Eine Erhöhung der Entgelte von 7 Prozent, tarifliche Regelungen für Wertschätzung und Besserstellung unserer Mitglieder sowie eine Modernisierung des Bundesentgelttarifvertrags: Diese drei Punkte umfasst die Forderung der IGBCE für die diesjährige Tarifrunde in der chemisch-pharmazeutischen Industrie. Die Gespräche auf regionaler Ebene wurden allesamt ergebnislos abgebrochen, nun wird ab Mai auf Bundesebene weiterverhandelt.

Noch deutlich besser ist die Stimmung in der Pharma-Industrie. Laut ifo zeigte sie zuletzt den optimistischsten Geschäftsausblick und die stärkste Produktionsausweitung aller Industriezweige. „Mit jeder neuen Prognose entfernt sich die Krisen-Erzählung der Arbeitgeber ein Stück weiter von der Realität“, sagt Oliver Heinrich. Der Sozialpartner müsse endlich anerkennen, dass überzogenes Schwarzmalen und das Fabulieren von einer Nullrunde nur

„Die IGBCE fordert deshalb tarifliche Regelungen für Wertschätzung und Besserstellung ihrer Mitglieder.“

IGBCE-Tarifvorstand und Chemie-Verhandlungsführer Oliver Heinrich sagt dazu: „Wir müssen bei den Reallöhnen zurück zum Status Quo – nicht mehr und nicht weniger.“ Seit 2020 sei die Inflation stärker gestiegen als die Entgelte in der Chemie. „Um diese Lücke zu schließen, braucht es jetzt ein Plus von 7 Prozent.“ Genau das fordert die Bundestarifkommission für die Kolleginnen und Kollegen.

Glaubt man den Arbeitgebern, gibt es in dieser Chemie-Tarifrunde nichts zu verteilen. Die Argumente waren immer die gleichen: Der Chemie-Standort sei am Boden, es brauche einen Krisenabschluss. Das ist nur die halbe Wahrheit. Denn es geht bergauf. Langsam, aber spürbar. Die Chemie-Produktion in Deutschland ist längst angezogen – im Februar lag sie nach jüngsten Zahlen des Bundesamts für Statistik 4,6 Prozent höher als im Vormonat, der saisonbereinigte Produktionsindex so hoch wie seit September 2022 nicht mehr. Das zeigt auch das ifo-Geschäftsklima für die Chemie: Es hat sich seit Jahresbeginn stetig verbessert, die Geschäftserwartungen liegen besser als im industriellen Sektor insgesamt.

die Fronten verhärteten. „Die Arbeitgeber sollen den aufkeimenden Optimismus nicht abwürgen, sondern ihren Teil dazu beitragen, dass auch ihre Beschäftigten davon angesteckt werden. Denn sie sind es, die zuletzt schmerzhaft Reallohnverluste hinnehmen mussten.“

In der laufenden Chemie-Tarifrunde will die IGBCE zudem eine Modernisierung der Tarifverträge durchsetzen. So soll die Tarifbindung über einen besseren Organisationsgrad gesteigert werden. Das lässt sich auf Seiten der Beschäftigten mit Vorteilen für Gewerkschaftsmitglieder erreichen. Die IGBCE fordert deshalb tarifliche Regelungen für Wertschätzung und Besserstellung ihrer Mitglieder. „Seit Jahren reden wir über spürbare Dif-

Feedback

Sende dein Feedback bzw. Anregungen zu dieser Zeitung gerne an: betriebszeitung@igbce.de

AKTUELL INFORMIERT:



„Meine IGBCE“-App
Alle News. Alles zuerst.
Nur für Mitglieder.



IGBCE bei WhatsApp
Die Grundversorgung.
Für alle anderen.

ferenzierungsregelungen für unsere Leute, seit Jahren halten uns die Chemie-Arbeitgeber hin“, kritisiert Oliver Heinrich. „Unser Geduldsfaden ist nur noch spindeldürr. Hier muss etwas passieren.“ Deswegen habe die Bundestarifkommission das Thema Mitgliedervorteile ins Forderungspaket für die diesjährige Tarifrunde aufgenommen.

Der Bundesentgelttarifvertrag für die Chemieindustrie ist ein Herzstück des IGBCE-Tarifwerks. Und er bedarf dringend der Überarbeitung. Denn er ist in Teilen nicht mehr praxisgerecht und sorgt inzwischen für Ungerechtigkeiten im System. Die IGBCE hat deshalb einen Acht-Punkte-Plan für mehr Fairness, bessere Aufstiegschancen und weniger Bürokratie entwickelt, den sie in die diesjährigen Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern einbringen wird. „Hier können die Arbeitgeber mal beweisen, dass sie Bürokratieabbau nicht nur in Sonntagsreden einfordern, sondern selbst vorantreiben können“, sagt IGBCE-Tarifvorstand Oliver Heinrich.



ERFOLG BEGINNT MIT WIR!
FÜR EIN STARKES
WIR – JETZT
MITGLIED WERDEN!



Aktionszeitraum
10. April - 31. Mai 2024
mitgliedwerden.igbce.de

Dein
Willkommens-
geschenk
sichern!